

**Medienmitteilung vom 18. März 2009**

**Vernehmlassung zur Steuergesetzrevision**

## **Wirksame Entlastung des Existenzminimums und Abschaffung der Pauschalbesteuerung**

**Die Grünen unterstützen den Entwurf des Regierungsrates für eine Steuergesetzrevision in weiten Teilen. Im Bereich der Steuerbefreiung des Existenzminimums fordern die Grünen wirksamere Massnahmen. Zudem beantragen die Grünen, die Möglichkeit zur Besteuerung nach dem Aufwand zu streichen.**

Für die Grünen ist die Notwendigkeit einer Teilrevision des Steuergesetzes unbestritten, damit der Ausgleich der kalten Progression sowie die zwingenden Anpassungen an das übergeordnete Recht vorgenommen werden können. Zudem erachten es die Grünen es als einen Akt der Redlichkeit, dass die in Aussicht gestellte Steuerbefreiung des Existenzminimums realisiert wird, nachdem der Grosse Rat eine Standesinitiative zur Besteuerung von Sozialhilfeleistungen beschlossen hat.

Bei der Steuerbefreiung des Existenzminimums fordern die Grünen in ihrer Vernehmlassung wirksamere Instrumente. Sie schlagen vor, dass im Gesetz ein Anspruch auf Steuererlass für die Zeit statuiert wird, in der Steuerpflichtige nachweisbar unter dem betriebsrechtlichen Existenzminimum leben. Nur damit kann im Einzelfall garantiert werden, dass das Existenzminimum unbesteuert bleibt. Gleichzeitig entsteht so ein wirksamer Anreiz für Sozialhilfeempfänger, eine Arbeitsstelle anzunehmen.

In ihrer Vernehmlassung fordern die Grünen zudem die Abschaffung der Besteuerung nach dem Aufwand. Bei der Besteuerung nach dem Aufwand handelt es sich um eine hochgradig ungerechte Form der Besteuerung. Der damit generierte Steuerertrag ist bescheiden – der Erhalt der Besteuerung nach dem Aufwand lässt sich somit nicht mit Standortargumenten legitimieren und gehört daher abgeschafft. Im Gegenzug zur ersatzlosen Aufhebung der Besteuerung nach dem Aufwand wären die Grünen bereit, eine sogenannte standortpolitische Massnahme im Bereich der höheren Einkommen in einem vergleichbaren finanziellen Rahmen mitzutragen. Voraussetzung dafür ist allerdings deren Finanzierbarkeit.

Im Übrigen weisen die Grünen in ihrer Vernehmlassung darauf hin, dass für Steuerensenkungen angesichts der sehr angespannten wirtschaftlichen Situation derzeit kein Spielraum besteht. Die vom Regierungsrat im Sinne von möglichen Optionen skizzierten Massnahmen lehnen die Grünen ab.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68